

Philipp Austermann

**Die schleichende Ausschaltung,
Entmachtung und Zerstörung
eines Parlaments**

DER WEIMARER REICHSTAG



böhlau

Philipp Austermann

Der Weimarer Reichstag

Die schleichende Ausschaltung, Entmachtung
und Zerstörung eines Parlaments

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2020 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Lindenstraße 14, D-50674 Köln
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Berlin, Reichstag. Ansicht der Hauptfront, vom Königsplatz aus.
Foto, um 1930; © akg images

Lektorat: Rainer Landvogt, Hanau
Einbandgestaltung: Guido Klütsch, Köln
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-412-51986-5

»Zum großen Bösen kamen die Menschen nie
mit einem großen Schritt, sondern mit vielen kleinen, von denen
jeder zu klein schien für eine große Empörung.«

Michael Köhlmeier,
Erwarten Sie nicht, dass ich mich dumm stelle, 2018, S. 8

Inhalt

Einleitung	11
1 Belastungen der Reichstagsarbeit	15
Die Vorbelastungen durch die Kriegsniederlage	15
Todfeinde im Parteienspektrum und politisch motivierte Gewalt	20
<i>Die KPD</i>	21
<i>Die DNVP</i>	24
<i>Die NSDAP</i>	26
Die Stellung des Reichstages im Verfassungsgefüge	30
Das reine Verhältniswahlrecht als Grundübel	33
Die beschränkte Kompromissfähigkeit der Parteien	37
<i>Das »Erbe« der Kaiserzeit</i>	38
<i>Die enge Milieubindung</i>	40
<i>Das Wählerverhalten</i>	45
<i>Die Folgen für den Reichstag</i>	46
2 Das parlamentarische Leben im Reichstag	47
Das Reichstagsgebäude	47
Der Arbeitsalltag der Abgeordneten	50
Die Fraktionen	53
Der Reichstagspräsident, die Vizepräsidenten und die Verwaltung	55
Die Parlamentsausschüsse	58
Das Plenum	60
Zeitungen, Broschüren, Hetzschriften, Romane: Informationen und Desinformationen über das Parlament und seine Arbeit	62
3 Tiefgehende Krise und relative Stabilisierung.	
Die Arbeit des Reichstages bis Juli 1930	71
Wie nahmen die ersten drei Reichstage ihre Aufgaben wahr?	71
<i>Regierungskontrolle und Einflussnahme auf die Regierungsbildung</i>	72
<i>Gesetzgebung</i>	73
<i>Arbeitsklima und Debattenstil</i>	73
Wie nahm der 4. Reichstag seine Aufgaben wahr?	78

<i>Die Einflussnahme auf die Bildung der Großen Koalition und die Kontrolle der Regierungsarbeit</i>	81
<i>Die Gesetzgebungsarbeit bis zum Ende der Großen Koalition und die Störungen des Parlamentsbetriebs durch die Radikalen</i>	91
<i>Der Young-Plan</i>	93
<i>Das zweite Gesetz zum Schutze der Republik</i>	95
 4 Semiparlamentarismus. Die schleichende Entmachtung des Reichstages ab Juli 1930	98
Der Reichspräsident und »Ersatzkaiser« Paul von Hindenburg	98
<i>Hindenburgs Umfeld: die »Kamarilla«</i>	101
<i>Hindenburgs geistige und körperliche Gesundheit</i>	104
<i>Der Schwenk zum Präsidialkabinett</i>	105
Der neue Reichskanzler Heinrich Brüning	108
Der halbparlamentarische Regierungsstil Brünnings	111
Der 5. Reichstag	124
<i>Parteineugründungen</i>	124
<i>Wahlkampf</i>	125
<i>Das Wahlergebnis vom 14. September 1930</i>	125
<i>Die antiparlamentarischen Wahlgewinner NSDAP und KPD</i>	128
<i>Brüning sucht einen Bündnispartner im Reichstag</i>	133
<i>Die Arbeit des 5. Reichstages</i>	135
<i>Selbstbeschränkung des Reichstages aus Staatsräson</i>	149
Brünnings Sturz	157
 5 Antiparlamentarismus. Regieren ohne Reichstag?	167
Der gescheiterte Versuch einer »nationalen Konzentration«	167
Die destabilisierenden Maßnahmen der Regierung Papen	172
Der 6. Reichstag	175
<i>Die Koalitionsgespräche zwischen der NSDAP und den katholischen Parteien</i>	179
<i>Hindenburgs Widerstand gegen eine Kanzlerschaft Hitlers</i>	182
<i>Ein Staatsnotstandsplan</i>	183
<i>Zwei Plenarsitzungen</i>	184
Der 7. Reichstag	189
<i>Die Verhandlungen zur Regierungsbildung</i>	193
Papens Sturz	195

6	Zurück zum halbparlamentarischen Regieren?	197
	Reichskanzler Schleicher sucht Bündnispartner	197
	Der 7. Reichstag nimmt die Arbeit auf	198
	Schleichers Sturz	205
7	Die Entmachtung des Reichstages	210
	Die faktische Ausschaltung des Reichstages als Folge der Präsidialkabinette	210
	Hitler wird Reichskanzler	212
	Die Auflösung des 7. Reichstages	215
	Kontrolle unerwünscht: die Sprengung des Überwachungsausschusses	217
	Staatsterror und Wahlkampf	218
	Der 8. Reichstag	227
	<i>Das Wahlergebnis vom 5. März 1933</i>	227
	<i>Die Fraktionen</i>	228
	Das Ermächtigungsgesetz	229
	<i>Hitlers Absichten</i>	229
	<i>Verfassungsrechtliche Hürden</i>	230
	<i>Die Haltung der anderen Parteien</i>	231
	<i>Der Propaganda-Staatsakt von Potsdam</i>	232
	<i>Die Erosion der Parlamentstraditionen und des Parlamentsrechts</i>	235
	<i>Das Werben um die Zustimmung des Zentrums</i>	237
	<i>Die Reichstagssitzung vom 23. März 1933</i>	242
	<i>Warum stimmten die katholischen und die bürgerlichen Parteien zu?</i>	251
	<i>Der Reichsrat erhebt keinen Einspruch</i>	253
	<i>Die nur scheinbar legale Ermächtigung</i>	254
	Terror vom Anfang bis zum Ende: die Verfolgung oppositioneller Abgeordneter	258
8	Scheinparlamentarismus	261
9	Schlussbetrachtungen	267
	Anmerkungen	270
	Danksagung	304

Abkürzungsverzeichnis	305
Quellen und Literatur	307
Quellen	307
Literatur	313
Anhang	320
1 Gesetzgebung des Reichstages vom 30. März bis zum 18. Juli 1930	320
2 Gesetzgebung des Reichstages in der 5. bis 8. Wahlperiode	322
3 Gesetzesbeschlüsse des Reichstages des »Dritten Reiches«	326
4 Misstrauensanträge in der 5. Wahlperiode	327
5 Aufhebungsanträge zu Notverordnungen in der 5. Wahlperiode	328
6 Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1928 bis 1933	330
7 Die Wahlergebnisse der wichtigsten Parteien in der National- versammlung und im Reichstag	331
8 Text des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933	333
Personenregister	334
Sachregister	337

Einleitung

Der Reichstag existiert als Parlament nicht mehr. Wer heute vom »Reichstag« spricht, meint damit zumeist das Reichstagsgebäude am Platz der Republik, den Tagungsort des Deutschen Bundestages. Der Bau wurde beim Reichstagsbrand und vor allem in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges stark beschädigt. Er wurde unter Paul Baumgarten (1961 bis 1973) und Norman Foster (1995 bis 1999) entkernt und grundlegend umgebaut. Das heutige Gebäude hat mit dem Reichstag des Deutschen Reiches, der bis 1933 hier tagte, nur noch die Außenfassade und einigen Gebäudeschmuck im Innern gemein. Namentlichen Bezug auf frühere Reichstagsabgeordnete nehmen mehrere Bürogebäude des Bundestages: das Paul-Löbe-Haus, das Jakob-Kaiser-Haus, das Otto-Wels-Haus und das Matthias-Erzberger-Haus.

Außerdem erinnern mehrere Kunstwerke in und vor dem Reichstagsgebäude an den alten Reichstag. Besonders eindrücklich ist die Gedenkstätte für die verfolgten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik im ehemaligen Abgeordnetenrestaurant. Sie besteht aus einer großformatigen Fotoarbeit Katharina Sieverdings, die an den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 erinnert. In drei davor ausliegenden Gedenkbüchern, die Klaus Mettig entworfen hat, wird an die 120 von den Nationalsozialisten ermordeten sowie an die vielen im »Dritten Reich« inhaftierten, in die Emigration getriebenen oder auf andere Weise verfolgten Reichstagsabgeordneten erinnert. Ein Denkmal an der Westseite des Reichstages dient der Erinnerung an 96 Reichstagsabgeordnete (aus neun Parteien), die zwischen der Ernennung Hitlers am 30. Januar 1933 und dem Ende des NS-Regimes am 8. Mai 1945 gewaltsam oder infolge ihrer Inhaftierung zu Tode kamen.

Die Kunstwerke und die Gebäudenamen verdeutlichen die zwei Seiten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert: Auf der einen Seite stehen die zwölf Schreckensjahre von 1933 bis 1945. Sie brachten Massenmord, Krieg, Verfolgung, Zerstörung und Vertreibung. Auf der anderen Seite steht eine demokratische Tradition, die bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückreicht: Im Frühkonstitutionalismus nach dem Wiener Kongress (1815) erließen die Fürsten in vielen deutschen Staaten eine Verfassung. Sie sah eine Frühform des Parlaments mit gewählten und ernannten Vertretern vor. Diese war z.B. für die Haushaltsbewilligung zuständig, ansonsten aber noch recht machtlos. Der Reichstag der Kaiserzeit war, nachdem das demokratische Experiment der Frankfurter National-

versammlung 1849 scheiterte, ein bedeutender Schritt hin zu einem Parlament, dessen Mitglieder von allen volljährigen Staatsbürgern, Frauen und Männern, in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen bestimmt werden und das das höchste Staatsorgan ist. Der Reichstag der Weimarer Republik, um den es in diesem Buch geht, war das erste deutsche Parlament dieser Art.

Wer genau hinsieht, wird noch andere Spuren des Reichstages im Bundestag entdecken. Dessen Verfahrens- und Organisationsregeln entsprechen teilweise noch denen des Reichstages. Das Grundgesetz und die Geschäftsordnung des Bundestages haben das, was ihnen am vorherigen Recht geeignet erschien, übernommen. Ein kurzer Blick in die Art. 20 bis 40 WRV und in die Art. 38 bis 48 GG zeigt die Traditionslinie. Sie reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück.

Der politische Zustand eines demokratischen Staates spiegelt sich in seinem Parlament wider. Die Art und die Stärke der darin vertretenen Parteien sowie ihr Umgang miteinander sagen etwas über die Lage des Gemeinwesens aus. Je mehr radikale Parteien vertreten sind und je höher ihr Stimmenanteil ist, desto hitziger und auch unsachlicher gestalten sich meist die Debatten. Radikale Parteien sehen ihre Wettbewerber häufig nicht als Gegner, sondern als Feinde an: als »Systemparteien« oder »Altparteien«, deren Ziele es endgültig zu überwinden gelte. Demokratische, gemäßigte Parteien sind hingegen kompromissfähig. Sie wissen, dass sie nicht die Wahrheit gepachtet haben und Zugeständnisse zur Mehrheitsfindung im Parlament nötig sind. Und auf die Mehrheitsfindung kommt es in der Demokratie letztlich an. Ohne stabile Mehrheit gibt es keine stabile Regierung.

Seit dem Einzug der AfD, einer jedenfalls in Teilen rechtsextremen Partei, in den Bundestag im Jahr 2017 fragen sich viele, ob sich hier etwas wiederholt, das im September 1930 begann: der parlamentarische Aufstieg einer illiberalen und antidemokratischen Partei. Der Blick in die östlichen Bundesländer mag die Sorgen noch bestärken. Dort ist nicht nur der Stimmenanteil der AfD größer, sondern auch die aus der SED hervorgegangene, in Teilen radikale Partei Die Linke stark. Bei der Landtagswahl in Thüringen vom Oktober 2019 vereinigten die AfD und Die Linke mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich – mit der Folge, dass die Regierungsbildung nahezu unmöglich wurde. Nur unter Einbeziehung einer der beiden Randparteien konnte die Wahl eines Ministerpräsidenten auf die Beine gestellt werden.

Was in der Weimarer Zeit die radikale, demokratie- und parlamentsfeindliche Parteipresse war, sind heute Beiträge in den »sozialen Medien«. Politisches Handeln erhält heute viel unmittelbarer als früher Resonanz. Oftmals fällt diese ätzend und vernichtend aus. Tatsachen werden erfunden oder verdreht. Sogar

Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden, häufig aus der Anonymität heraus, beleidigt, herabgesetzt und bedroht. Selbst zu körperlichen Angriffen bis hin zum Mord ist es leider schon gekommen.

So verwundert es nicht, dass manche schon »Weimarer Verhältnisse« befürchten: ein instabiles politisches System mit schwieriger Mehrheitsfindung im Parlament und kurzlebigen Regierungen. Solchen Befürchtungen ist entgegenzuhalten, dass die Umstände 1930 andere waren als heute. Die Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist deutlich stabiler. Die Vorbelastungen eines verlorenen Krieges fehlen. Außerdem ist keine der heutigen im Bundestag oder in einem Landesparlament vertretenen sehr rechten Parteien mit der NSDAP zu vergleichen: Keine Partei hat eine paramilitärische Schlägertruppe, keine hat einen Demagogen wie Adolf Hitler, der viele der damaligen Zeitgenossen mitreißen konnte. Straßenkämpfe zwischen Anhängern miteinander verfeindeter Parteien gibt es nicht. Auch sind die heutigen Stimmenanteile aller sehr rechten und rechtsradikalen Parteien auf Bundesebene geringer als im September 1930 und in den Folgejahren. Dasselbe gilt für die weit links stehenden und linksextremen Parteien.

Und dennoch, bei allen Unterschieden: Wer die Äußerungen von AfD-Vertretern im Bundestag und in den Medien verfolgt, fragt sich, ob sich hier vielleicht – unter heutigen Vorzeichen – etwas wiederholt, das man lange Zeit für endgültig überwunden hielt. Wer kann schon vorhersagen, wie sich eine erneute starke Zuwanderung oder eine wirtschaftliche Rezession auf das Wahlverhalten auswirken würde?

Die Arbeit an einem Parlamentsrechtslehrbuch und die mich aufgrund meiner früheren Berufstätigkeit als Parlamentsbeamter besonders bewegende Frage, ob seit 2017 Parallelen zu 1930 und den Folgejahren bestehen, haben mich veranlasst, mich mit den letzten Jahren des Reichstages der Weimarer Republik genauer zu befassen.¹ Ich wollte sehen, welche Störungen des Parlamentsbetriebs es gab und wie sich die radikalen Abgeordneten geäußert haben. Zugleich wollte ich feststellen, welche Faktoren – neben dem Verhalten der Radikalen – den Reichstag als politischen Faktor ausgeschaltet haben. Das Ergebnis ist dieses Buch. Es zeigt den Weimarer Reichstag als Spiegel der Republik. Sein und ihr Ende hängen eng miteinander zusammen.

Dieses Buch ist nicht nur eine Darstellung eines Teils der Parlamentsgeschichte und ein Nachschlagewerk für denjenigen, der sich über die Reichstagsarbeit informieren möchte. Es soll zugleich ein Plädoyer für einen freiheitlichen Parlamentarismus sein. Es soll dazu aufrufen, die demokratischen Institutionen des freiesten und wohlhabendsten Staates auf deutschem Boden – der Bundes-

republik – zu schützen und das eigene Wahlrecht bewusst wahrzunehmen. Jeder darf wählen, was und wen er möchte (Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG). Alles andere wäre nicht demokratisch. Aber jeder sollte genau wissen, was und wen er wählt. Stimmen für Radikale sind nie eine gute Idee (auch nicht als Protesthaltung). Das zeigt uns das Schicksal des Reichstages.

1 Belastungen der Reichstagsarbeit

Die junge Weimarer Republik befand sich in ihren ersten fünf Jahren, also bis 1924, in einem dauerhaften Krisenmodus. Die Gründe dafür waren die Vorbelastungen durch den Krieg und die Niederlage sowie der Kampf der Extremisten von links und rechts gegen die demokratische Republik. Ab 1929 setzte dann, nach den relativ »Goldenen Zwanzigern«, eine erneute, letztlich tödliche Krisenphase ein.

Die Vorbelastungen durch die Kriegsniederlage

Die Weimarer Republik war ein Kind der Revolution im November 1918. Die Revolution wiederum war ein Kind der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Der Aufbruch begann, als sich die Matrosen in Wilhelmshaven Ende Oktober 1918 dem Befehl zu einem letzten Auslaufen in die Nordsee widersetzen. Er breitete sich von Kiel, wohin die verhafteten aufständischen Matrosen gebracht worden waren, über das ganze Deutsche Reich aus. In wenigen Tagen fegte er die Monarchie im Reich und in seinen Mitgliedstaaten hinweg. Am 9. November 1918 waren der Kaiser und die Landesfürsten Geschichte. An diesem Tag verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und übergab in den Mittagsstunden die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Die Sozialdemokraten stellten seit 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag. Philipp Scheidemann rief am 9. November gegen 14 Uhr von einem Balkon vor dem Lesesaal des Reichstagsgebäudes die Republik aus – übrigens sehr zum Unwillen seines Parteigenossen Ebert. Scheidemann erinnerte sich einige Jahre später, Ebert sei »vor Zorn dunkelrot im Gesicht geworden«. Er habe »mit der Faust auf den Tisch geschlagen« und Scheidemann angeschrien: »Ist das wahr?« Scheidemann habe, so Ebert, »kein Recht, die Republik auszurufen«, was aus Deutschland werde, »ob Republik oder was sonst, das [entscheide] eine Konstituante«, ¹ also eine verfassungsgebende Versammlung. Scheidemann kam mit seiner Proklamation Karl Liebknecht zuvor. Dieser rief etwa eineinhalb Stunden später von einem Lastwagen am Berliner Lustgarten und dann von einem Portal des Stadtschlusses die »sozialistische Republik« aus. Liebknechts Ausrufung blieb folgenlos. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Mehrheits-SPD und die davon am 6. April 1917 ab-

gespaltene Unabhängige SPD (USPD), bildeten am 10. November 1918 eine provisorische Regierung: den sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten. Beide Parteien entsandten je drei Mitglieder. Trotz aller Widerstände stellte die SPD die Weichen in Richtung Parlamentarismus. Sie setzte Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung an. Am 19. Januar 1919 wählten die Deutschen – Männer und erstmals auch Frauen – die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung. Sie trat am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zusammen. Friedrich Ebert hatte durchgesetzt, dass die Versammlung nicht in Berlin tagte. Durch die Wahl der mitteldeutschen Stadt Weimar sollte ein Zeichen des gesamtdeutschen Zusammenhalts gegeben und an den durch die Weimarer Klassik verkörperten Geist appelliert werden.² Die unruhige Lage in Berlin oder ein befürchteter »Druck der Straße« spielten demgegenüber – anders als landläufig behauptet wird³ – eine geringere Rolle bei der Wahl Weimars.

Die SPD, das katholische Zentrum und die neu gegründete linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) gewannen mit zusammen 60,3 % der Stimmen die deutliche Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung. Sie bildeten als »Weimarer Koalition« eine Regierung. Die drei Parteien, die selbst oder deren Vorgänger im Kaiserreich lange Zeit in der Opposition gestanden und seit Juli 1917 im Interfraktionellen Ausschuss des kaiserzeitlichen Reichstages zusammengearbeitet hatten, prägten die neue »Weimarer Verfassung«, die in wenigen Monaten ausgearbeitet wurde und am 11. August 1919 in Kraft trat. SPD, Zentrum und DDP setzten die parlamentarische Demokratie als Regierungsform und die freiheitliche Grundordnung der Republik durch. Sie waren *die* staatstragenden Parteien der Republik. Das Zentrum und die DDP (ab 1930: Deutsche Staatspartei) waren bis 1932 durchgehend oder fast durchgehend an der Reichsregierung beteiligt. Die SPD stellte von 1919 bis 1925 den Reichspräsidenten sowie von 1919 bis 1923 und von 1928 bis 1930 mehrere Reichskanzler und Reichsminister. Auch in Preußen, dem nach Fläche und Bevölkerung weit aus größten Reichsland, waren alle drei Parteien von 1920 bis 1932 (mit kleinen Unterbrechungen) an der Regierung beteiligt. Die SPD stellte mit Otto Braun über ein Jahrzehnt den Ministerpräsidenten. Preußen wurde unter der Ägide der drei Parteien von einer monarchischen Hochburg zu einem demokratischen Bollwerk.

Die Kriegsniederlage war aus mehreren Gründen eine schwere Bürde für die junge Republik. Bereits der Waffenstillstand vom 11. November 1918 hatte dem Reich harte Bedingungen auferlegt. Die Hoffnungen, der Friedensvertrag möge weniger streng ausfallen, wurden enttäuscht. Der Regierungschef, Reichsministerpräsident Scheidemann, opponierte gegen die Vertragsunterzeichnung in der

Sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in der Aula der Berliner Universität in einer kämpferischen und umjubelten Rede: »[...] – ich frage Sie: wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, nur als ehrlicher vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?«⁴ Doch die Mehrheit der Nationalversammlung erkannte, dass ihr bei allem Widerwillen nur die Zustimmung zu dem Vertrag blieb. Andernfalls hätte sich das erschöpfte und immer wieder von lokalen Aufständen erschütterte Deutsche Reich erneut im Krieg befunden und wäre mit Sicherheit besetzt worden. Die Friedensbedingungen wären dann womöglich noch härter gewesen. Die Nationalversammlung erklärte sich am 22. Juni 1919 mit der Unterzeichnung des in Versailles von den Siegermächten ausgehandelten Friedensvertrages durch die Reichsregierung einverstanden: Von 393 Mitgliedern stimmten 236 mit Ja, 89 mit Nein, 68 enthielten sich.⁵ Scheidemann war am 20. Juni 1919 zurückgetreten, da er den Vertrag nicht unterzeichnen wollte und seine Meinung innerhalb der SPD nicht durchsetzen konnte. Schließlich reisten Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes (Hans) Bell (Zentrum) nach Versailles und unterzeichneten unter Protest am 28. Juni 1919 den Vertrag.

Der »überaus harte«⁶ Versailler Friedensvertrag mit den Siegermächten bedeutete für das Deutsche Reich den Verlust eines Siebtels des Staatsgebiets, eines Zehntels der Bevölkerung und aller Kolonien; die Abschaffung der Wehrpflicht, die Reduzierung des Heeres auf 100.000 und der Marine auf 15.000 Mann sowie das Verbot einer Luftwaffe; die Zuweisung der Kriegsschuld und daher sehr hohe Reparationsverpflichtungen. Die Republik und die sie tragenden Parteien befanden sich in der paradoxen Situation, dass sie die Lasten des verlorenen Krieges schultern und bewältigen mussten, den sie nicht begonnen und nicht zu verantworten hatten.⁷

Die Kriegsniederlage hatte neben den wirtschaftlichen auch immense gesellschaftspsychologische Folgen. Die Niederlage kam für viele unerwartet. Waren die Frontgeschehnisse für viele auch fern und die Entbehrungen durch Hunger und Mängelwirtschaft groß – am Ende schien doch immer der Sieg zu stehen. In den von offiziellen Stellen verbreiteten Nachrichten eilte die deutsche Armee von Sieg zu Sieg. Siegte sie nicht, dann zog sie sich in »sichere Stellungen« zurück (um die nächste Offensive vorzubereiten). Die Werbeplakate für Kriegsanleihen hatten die Siegeszuversicht stets beschworen. In einer Werbung für die achte Anleihe zu Beginn des Jahres 1918 war vom »letzten Hieb« gegen den Feind die Rede gewesen. Die wahre Lage war eine andere. Seit dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensiven, die im März 1918 begonnen worden waren, und

insbesondere seit dem »schwarzen Tag des deutschen Heeres« am 8. August 1918, an dem die Frontlinie bei Amiens massiv durchbrochen wurde, stand die Niederlage den verantwortlichen Heerführern, dem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und seinem Ersten Generalquartiermeister Erich Ludendorff, vor Augen. Mitte August 1918 war den »politisch und militärisch Führenden klar, dass der Krieg verloren war und dass es nur noch darauf ankommen konnte, zu einer Art »ehrenvollem Frieden« zu gelangen, indem man in gesicherten Stellungen so weiterkämpfte, dass die Alliierten zu einem Friedensschluss ohne deutsche Niederlage bereit waren.«⁸ Im September verstärkte sich die Erosion der deutschen Kampfkraft weiter. Außerdem brachen die Bündnispartner Österreich-Ungarn und Bulgarien weg. Als Letzteres am 29. September 1918 kapitulierte, gestanden Hindenburg und Ludendorff am selben Tag gegenüber (dem nur noch nominellen Oberbefehlshaber) Kaiser Wilhelm II. und dem Reichskanzler Graf Hertling die Niederlage ein. Die OHL forderte sofortige Waffenstillstandsgespräche und die verstärkte Einbeziehung der Reichstagsparteien in die Regierungsverantwortung.⁹ Durch eine Verfassungsänderung vom 28. Oktober 1918 war der Reichskanzler nun nicht mehr vom Vertrauen des Monarchen allein, sondern auch vom Vertrauen des Reichstages abhängig (Art. 15 Abs. 3 RV). Auch wurden Vertreter der bislang oppositionellen Parteien SPD, Zentrum und FVP in das Kabinett aufgenommen. Dieser Umstand und die Tatsache, dass mit Matthias Erzberger ein Zentrumsolitiker den harten Waffenstillstand am 11. November 1918 unterzeichnete, konnten sich die eigentlichen Kriegsverlierer in der Obersten Heeresleitung zunutze machen, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken. Ludendorff legte schon im Moment seines Scheiterns als Heerführer das Fundament einer verhängnisvollen Legende. Der Generalmajor Albrecht von Thaer notierte folgende Äußerung Ludendorffs vor Offizieren am 1. Oktober 1918: Die »Armee sei leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen sei *kein* Verlaß mehr.« Ludendorff fügte hinzu:

Ich habe aber S.M. [Seine Majestät] gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!¹⁰

Die eigentlichen Verantwortlichen für die Niederlage begannen ab diesem Zeitpunkt damit, ihre Verantwortung auf diejenigen abzuwälzen, die weder für den Kriegsausbruch noch für die Niederlage etwas konnten, beide aber ab nun zu be-

wältigen hatten. Hindenburg bekräftigte die Legende, als er am 18. November 1919 von einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung befragt wurde:

Ein englischer General sagte mit Recht: »Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.« Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Seine Leistung ist ebenso bewunderungswürdig wie die des Offizierskorps. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. [...] Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruche des englischen Generals und in dem maßlosen Erstaunen unserer Feinde über ihren Sieg.¹¹

Hindenburg, Ludendorff und alle, die ihnen bereitwillig folgten, vertraten die für die Militärs sehr bequeme These, dem kämpfenden und unbesiegten deutschen Heer sei von der Heimat aus der vernichtende Dolch in den Rücken gestoßen worden. Daher der Name »Dolchstoßlegende« oder besser: »Dolchstoßlüge«. Auch in seinen Memoiren pflegte Hindenburg die Legende, gab allerdings die Erschöpfung des Heeres zu: »Wir waren am Ende! Wie Siegfried unter dem Speerwurf des grimmen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front.«¹² Die Dolchstoßlegende existierte in verschiedenen Schattierungen. In der extremsten, von den Deutschnationalen und von völkischen Parteien wie der NSDAP vertretenen Version der Dolchstoßlegende trugen »marxistisch-jüdische« Kräfte die Schuld für die Kriegsniederlage. Führende Politiker vor allem der SPD wiesen solche Vermutungen zurück. Friedrich Ebert ordnete die Verantwortung für die Kriegsniederlage in der Eröffnungssitzung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 richtig ein: »Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. [...] Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.«¹³ Solche Richtigstellungen vermochten aber die Dolchstoßlegende, auch in ihrer extremsten und unglaublichsten Form, nicht aufzuhalten. Sie lebte vor allem in rechten Kreisen bis zum Ende des NS-Regimes fort. Der Grund dafür liegt auch darin, dass die Schuldzuweisung für die Niederlage vielen sehr gelegen kam. Wer als Befehlshaber oder einfacher Soldat am Krieg teilgenommen hatte, vermochte mit der Niederlage leichter umzugehen, wenn sie auf Verrat und nicht etwa auf falschen Annahmen der militärischen Führung oder gar eigenen Fehlern beruhte.

Die Republik war daher für viele das Ergebnis eines Verrats, dessen Folgen wiederum als ursächlich für die harten Friedensbedingungen angesehen wurden. Vor allem die bereits erwähnten Reparationsverpflichtungen wurden als ungerechte Last betrachtet.¹⁴ Die jährliche Belastung durch die Reparationen lag zwischen 1920 und 1932 bei ca. 2,7 % des Volkseinkommens. Sie »verschlangen

1920 20 %, 1921 42 % und 1922 29 % des Reichshaushaltes«. ¹⁵ Allerdings floss im Gegenzug durch ausländische, vor allem amerikanische Kredite und Investitionen viel Geld nach Deutschland zurück. ¹⁶ Gleichwohl drückte die Reparationslast sehr stark und verhängnisvoll auch auf die Volkspsyche. Die Republik und die sie stützenden Kräfte waren nicht imstande, dem Kriegstrauma, das viele ehemalige Soldaten belastete, einen positiven Zukunftsplan entgegenzusetzen. ¹⁷ Die hellstehenderen Politiker wussten, dass eine sofortige Revision des Vertrages nicht zu erwarten und schon gar nicht gegen den Willen der Siegermächte zu erreichen war. Sie setzten daher auf eine Politik der kleinen Schritte, das Bemühen, die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, um zugleich deren Unerfüllbarkeit zu beweisen. Anerkennung erhielten sie dafür von der Mehrheit der Bevölkerung nicht. Vielmehr waren sie Anfeindungen ausgesetzt und wurden von rechten Kreisen als verräterische »Erfüllungspolitiker« geschmäht.

Eine mittelbare Folge des Krieges war die Inflation. Der Geldwert war schon durch die horrenden Kriegskosten massiv gesunken. Um die Wirtschaftskrise nach dem Krieg einzudämmen und die Staatsschulden zu begleichen, hatten die Reichsregierung und die Reichsbank die Geldmenge massiv erhöht. Als im Januar 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, rief die Reichsregierung die dortige Bevölkerung zum passiven Widerstand und Generalstreik auf (»Ruhrkampf«). Die finanziellen Hilfen für die Streikenden aus dem Reichshaushalt erhöhten die öffentliche Verschuldung stark und beschleunigten die Geldentwertung weiter. Die Inflation wurde zur Hyperinflation. ¹⁸ Der Umtauschkurs der Reichsmark im Verhältnis zum Dollar stieg bis Mitte November 1923 auf einen Wert von fast 630 Milliarden Mark. Ein Brot kostete Anfang November 420 Milliarden Mark. Der Abbruch des Ruhrkampfes und eine Währungsreform vermochten die Inflation zu beenden und die Wirtschaftslage zu beruhigen. Für das Ansehen der jungen Republik war die Inflation verheerend. (Noch bis heute wirkt die damalige Angst vor einer massiven Geldentwertung nach.)

Todfeinde im Parteienspektrum und politisch motivierte Gewalt

Die Republik wurde als Kind der Niederlage von vielen abgelehnt, ja regelrecht gehasst und bekämpft. Der Hass war nicht nur bei den alten Eliten in Armee, Wirtschaft und Bürokratie zu finden. Er fraß sich von Anfang an durch alle Volksteile. Die Republik war nicht fähig, eine Haltung zur Niederlage und ihren belastenden Folgen zu finden, die den Streit und den Hass hätte zumindest teilweise überwinden und bewältigen können. ¹⁹ Ausdruck und Katalysator der

politischen Feindschaft gegen die demokratische Republik waren die radikalen Parteien vom rechten und linken Rand des politischen Spektrums. Diese Parteien waren alle kurz nach der Novemberrevolution gegründet worden. Die weit rechten und rechtsextremen Gruppierungen wollten die Revolution, nötigenfalls gewaltsam, rückgängig machen und statt der liberalen Demokratie wieder eine Monarchie oder einen nationalistischen und rassistischen (völkischen) Obrigkeitsstaat errichten. Den linksextremen Formationen ging die Revolution noch nicht weit genug. Sie träumten von einer Räterepublik sowjetischen Musters. Die russische Oktoberrevolution von 1917 diente ihnen als Vorbild. Innerhalb der beiden extremistischen Lager waren auf der linken Seite die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und auf der rechten Seite zunächst die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und sodann die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) die stärkste Kraft.

Die KPD

Die KPD wurde von Mitgliedern des linksradikalen Spartakusbundes und der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) während des Reichskongresses des Spartakusbundes gegründet. Er fand vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses statt (dem Gebäude des heutigen Abgeordnetenhauses von Berlin). Die bekannten Spartakisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht übernahmen die Führung der KPD. Sie sympathisierten mit einem antiparlamentarischen und antidemokratischen Rätesystem nach sowjetischem Vorbild. Bereits in einem Aufruf vom 10. November 1918 hatten sie verkündet:

Die rote Fahne weht über Berlin! Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es damit getan, daß ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten. Sorget, daß die Macht, die ihr jetzt errungen habt, nicht euren Händen entgleite und daß ihr sie gebraucht für euer Ziel. Denn euer Ziel ist die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens, der sich gegen den Imperialismus aller Länder wendet, und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische.

Verlangt wurde die »Beseitigung des Reichstags und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung.«²⁰ Die neu gegründete KPD teilte diese Auffassung. Die Partei propagierte von Anfang an eine sozialistische Räterepublik sowjetischen Musters, eine »Diktatur des Proletariats«. Sie war eine »echt revolutionäre Partei, die für das Morgen existiert.«²¹ Die radikale Linke war bereit,

ihre Ziele gewaltsam durchzusetzen. Als die mitregierende SPD und der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte dem Räteresystem eine deutliche Absage erteilten,²² versuchten die Spartakisten vom 5. bis 12. Januar 1919, die Macht zu übernehmen (»Spartakusaufstand«). Der mittlerweile allein mit SPD-Leuten besetzte Rat der Volksbeauftragten schlug den Aufstand mithilfe von Teilen der alten kaiserlichen Armee und irregulären Truppen, den sog. Freikorps, nieder. In diesen Freikorps versammelten sich monarchietreue und völkisch gesinnte Soldaten. Sie gingen brutal gegen die Spartakisten vor und ermordeten deren Anführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die KPD beteiligte sich nicht an der Wahl zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, da sie eine parlamentarische Republik ablehnte. An den folgenden Reichstagswahlen nahm sie aber – mit wachsender Stimmenzahl – teil. Die KPD blieb bei ihrer Ablehnung der Weimarer Verfassung und des Parlamentarismus und nutzte den Reichstag und die Landesparlamente nur als Agitationsbühne. Ihr eigentliches Ziel war eine Revolution mit einem Umsturz der Regierungs- und Vermögensverhältnisse. Die KPD wollte Sowjetdeutschland errichten.²³ Dazu sollten Massenstreiks und bewaffneter Aufruhr beitragen. Mehrere kommunistische Aufstände zwischen 1920 und 1923 schlug die Armee, zum Teil mit Unterstützung der Freikorps, mit Gewalt nieder. Zuletzt kam es im Oktober 1923 in Sachsen, wo die KPD gemeinsam mit der SPD an der Landesregierung beteiligt war, zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Reichswehr. Die Armee setzte sich durch. Die KPD-Minister wurden abgesetzt. In Hamburg versuchten die Kommunisten im selben Monat ebenfalls einen Putsch. Die Polizei beendete den Aufstand zwar rasch, doch kamen 24 Kommunisten und 17 Polizisten zu Tode.²⁴ Seit dem November 1923 hielt sich die Partei zwar mit Putschversuchen zurück. Sie behielt ihr aggressives antidemokratisches Gehabe im Parlament und auf den Straßen aber bei. Aus ihrer Zielsetzung machte die KPD im Reichstag und sonst in der Öffentlichkeit keinen Hehl. Fortwährend (und noch im Dezember 1932²⁵) riefen KPD-Abgeordnete öffentlich zu Massenstreiks und zum außerparlamentarischen Kampf für den Sturz der Regierung auf. Die KPD unterhielt seit dem Juli 1924 eine paramilitärische Kampftruppe, den »Roten Frontkämpferbund« (RFB), mit ca. 110.000 Mitgliedern. Dieser verübte gezielt Gewalttaten gegen politische Gegner und Polizisten.

Die Parteistruktur orientierte sich dementsprechend am sowjetischen Vorbild. Ein Zentralkomitee (ZK) und ein Politbüro führten die Partei. (Die Staatspartei der DDR, die SED, der viele ehemalige KPD-Mitglieder angehörten, übernahm diese Bezeichnungen ebenfalls.) Seit dem Herbst 1925 war der Hamburger Ernst Thälmann, ein ungelernter Arbeiter (der seit 1921 hauptamt-

licher Funktionär war und seit 1924 dem Politbüro angehörte), faktisch Parteivorsitzender. Ihm unterstand seit 1925 auch der RFB. Thälmann »verfügte über keine eigene Idee, kein theoretisches Konzept. Aber dafür verstand er etwas von Machtkonstellationen und wusste, wie man Menschen gegeneinander ausspielt.«²⁶ Unter seiner Ägide richtete sich die KPD strikt an den Vorgaben der sowjetischen KP unter dem Diktator Josef Stalin und des »Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale« (EKKI) aus. Die KPD entwickelte sich wie die kommunistischen Parteien in anderen Ländern zur Kaderpartei. Dies bedeutete, dass nur ein kleiner Führungszirkel, die Kader, das Sagen hatte. Sie lenkten die KPD mit ihren rund 100.000 Mitgliedern²⁷ vom »Karl-Liebknecht-Haus« am Berliner Bülowplatz aus (das heute die SED-Nachfolgerin Die Linke als Parteizentrale nutzt). Die Fluktuation der Mitglieder war – auch bedingt durch die Bedeutung spontaner Eintritte nach Parteiveranstaltungen – sehr hoch.²⁸ Die noch bestehenden Traditionsreste aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit verschwanden. Stalins Arm reichte weit in die KPD hinein. Als Thälmann alle seine Ämter verlor, weil er Unterschlagungen in der Partei vertuscht hatte, intervenierte Stalin und sorgte so dafür, dass Thälmann seine Ämter zurückerhielt. Der XII. Parteitag, der vom 9. bis 15. Juni 1929 in den »Pharus-Sälen« an der Weddinger Müllerstraße stattfand, »feierte ihn in einer Weise, die sich nur als ›Führerkult‹ beschreiben lässt.«²⁹ In der Sehnsucht nach dem »starken weitsichtigen Führer« waren sich alle radikalen Parteien der Weimarer Zeit einig.

Als Hauptfeind galt der KPD die SPD. Die Kommunisten sahen die Sozialdemokraten als Wegbereiter des Faschismus an (»Sozialfaschismus-These«). In diesem Sinne äußerte sich auch eine Resolution des ZK der KPD vom 4. Juni 1930: »Der Kampf gegen den Faschismus ist daher undenkbar ohne den schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Führerschaft, die eine entscheidende Waffe der Faschisierung Deutschlands darstellt.«³⁰ In Plenarreden im Reichstag war Ähnliches zu hören. Die KPD war, erst recht ab dem Ende der 1920er Jahre, nicht bereit, diese grotesken Unterstellungen zu revidieren. Sie sah zwar auch die Nationalsozialisten als Gegner an, aber erst an zweiter Stelle. Beispielsweise sprach Ernst Thälmann am 17. Juli 1930 vor dem Plenum des ZK von einer »verstärkte[n] Einheitsfrontpolitik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern bei gleichzeitiger Steigerung unseres prinzipiellen und schonungslosen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, insbesondere den ›linken‹ Sozialfaschismus«. Erst als Zweites forderte der Parteivorsitzende die »weitere Verstärkung unseres politisch-ideologischen und wehrhaften Massenkampfes gegen die Nationalsozialisten.«³¹

Zwar gelang es der KPD, viele Millionen Wähler zu erreichen und ihre Wahlergebnisse ab 1928 stetig zu verbessern. Eine Massenbasis für ihre Umsturzpläne gewann die KPD aber nie. Zum einen blieben ihre Wahlergebnisse immer deutlich unter 20 %. Zum anderen dürften auch die meisten KPD-Wähler – wie die übrige Bevölkerung – einen Sozialismus sowjetischer Prägung nicht befürwortet und sich vorrangig aus einer Protesthaltung für die KPD entschieden haben. Dies lässt schon die sehr hohe Wählerfluktuation erkennen.³² Die bolschewistische Revolution war ein Minderheitsanliegen, das vor allem die Parteifunktionäre beschworen. Informierte Menschen wurden von der Brutalität, mit der gerade Stalin vorging, abgestoßen. Da die KPD nie an Reichsregierungen beteiligt war, war ihr unmittelbarer politischer Einfluss gering. Auch ansonsten beteiligte sich die Partei nicht konstruktiv. Die mittelbaren politischen Wirkungen der KPD waren bedeutsamer. Erstens wirkte die KPD mit ihrem gewalttätigen RFB als Schreckgespenst für bürgerliche Wähler, die sowjetische Verhältnisse in Deutschland befürchteten. Zweitens beeinflusste die KPD auch die SPD, die ebenfalls um Wähler aus der Arbeiterschaft warb. Dass die KPD als prinzipiell oppositionelle Partei die »reine Lehre« des Sozialismus vertreten konnte, brachte die SPD-Funktionäre vor allem gegenüber ihrer Mitgliedschaft in Rechtfertigungszwang, wenn die Partei an einer Regierung beteiligt war und Kompromisse eingehen sollte. Die direkte Konkurrenz der KPD in der Arbeiterschaft bewirkte, dass die SPD »aus Rücksicht auf den linken Saum ihrer Wählerschaft leicht in eine systemwidrige Oppositionsrolle zurück[fiel] und daher als Stabilisator der Republik gefährdet« war.³³

Die DNVP

Den ersten Platz unter den antiparlamentarischen Rechtsparteien nahm in den ersten und in den letzten Jahren der Republik die DNVP ein. Sie strebte eine Rückkehr zur Monarchie an. In der DNVP, die am 24. November 1918 gegründet wurde, sammelten sich die alten kaiserzeitlichen Eliten aus Großgrundbesitz, Adel, Militär und Beamtenschaft, die vor der Revolution die nationalistischen, großmachtorientierten und auf die Besitzstandswahrung ausgerichteten konservativen Parteien gewählt hatten. Ein Gründungsmitglied war Alfred von Tirpitz, der als Großadmiral den verheerenden uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen britische und amerikanische Schiffe geplant und durchgeführt hatte. Ein aggressiver Nationalismus, Antisemitismus und Antiparlamentarismus waren in der DNVP weit verbreitet. Typisch für die Werdegänge und Sichtweisen vieler DNVP-Mitglieder war der preußische Verwaltungsbeamte Wolfgang Kapp, der

im Gefolge des (von Erich Ludendorff unterstützten) Generals Walther von Lüttwitz Mitte März 1920 erfolglos versuchte, die Regierung zu übernehmen («Kapp-Lüttwitz-Putsch»). Zwar musste die Reichsregierung aus Berlin fliehen. Aber nach 100 Stunden brach der Putschversuch infolge eines Generalstreiks, den die Gewerkschaften initiiert hatten, zusammen. Zwischen der DNVP und den rechtsradikalen Freikorps sowie deren Nachfolgeorganisationen bestanden enge programmatische und zum Teil auch persönliche Beziehungen. Angehörige der 1920 aufgelösten Freikorps gründeten die rechtsradikale »Organisation Consul« (O.C.) mit ca. 5000 Mitgliedern, auf deren Konto mehrere Morde gehen. Prominenteste Opfer waren im August 1921 der Zentrumsabgeordnete und frühere Reichsfinanzminister Matthias Erzberger und im Juni 1922 der Außenminister Walther Rathenau (DDP).

Der am 13. November 1918 gegründete »Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten«, der in der Mitte der 1920er Jahre 300.000 und 1930 schon 500.000 Mitglieder hatte, war politisch ebenso auf die vermeintlich glorreiche Vergangenheit ausgerichtet wie viele rechte Parteien, allen voran die DNVP. Bei Aufmärschen mit mehreren Zehntausend uniformierten Teilnehmern feierte der Stahlhelm Krieger- und Soldatenromantik, beschwor die vermeintliche Größe des Kaiserreichs und schürte den Hass auf die demokratische Republik, die angeblich durch einen verräterischen »Dolchstoß« an die Stelle der Monarchie getreten war und so die Niederlage im Krieg herbeigeführt hatte.

Seit ihrem Görlitzer Parteitag 1922 bemühte sich die DNVP um einen pragmatischeren Kurs, blieb aber demokratie- und parlamentsskeptisch. In dieser kurzen »konstruktiven« Phase beteiligte sie sich an einigen Landesregierungen und an Reichskabinetten: vom 15. Januar bis 26. Oktober 1925 am Kabinett Luther I und vom 29. Januar 1927 bis 28. Juni 1928 am Kabinett Marx IV. Ihre besten Wahlergebnisse erzielte die DNVP bei den Wahlen zum 3. und zum 4. Reichstag (Mai/Dezember 1924). Sie erreichte 19,5 % bzw. 20,5 % der Stimmen und war damit zweitstärkste Kraft. Ihr Mitgliederbestand stieg von 1919 (300.000 bis 400.000) bis 1923 (rund 950.000) stetig an,³⁴ ging aber ab 1924 zurück. Gleichwohl hatte die Partei 1928 noch fast 700.000 Mitglieder.³⁵ Sie dürfte damit zu diesem Zeitpunkt die zweitgrößte deutsche Partei hinter der SPD gewesen sein. Seit der Reichstagswahl im selben Jahr verlor die DNVP konstant Stimmen, vor allem an kleinere rechte Parteien und ab 1930 an die aufstrebende NSDAP. Die Deutschnationalen suchten ihr Heil unter ihrem neuen Vorsitzenden, dem Medienmogul Alfred Hugenberg, ab Oktober 1928 in einem sehr rechten, erneut republik- und parlamentsfeindlichen Kurs. Als Beispiel sei aus dessen Antrittsrede als Parteivorsitzender zitiert: »Es wird einmal der Tag